

Neue Oberstufenverordnung verstärkt das Bildungsgefälle

Weniger Wahlmöglichkeiten, Kürzungen im Fach Politik: Minister behauptet das Gegenteil

Nachdem das Kabinett die von Kultusminister Busemann vorgeschlagene Verordnung zur Oberstufe des Gymnasiums gebilligt hat, ist sie in der endgültigen Fassung veröffentlicht worden. Landesschülerrat, Landeselternrat, zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus den Universitäten und die GEW haben die Novelle abgelehnt.

Der Minister verkauft die neue Sek II-Verordnung – unterstützt durch den Philologenverband – als großen Fortschritt. Sie garantiere eine bessere Allgemeinbildung und Studierfähigkeit. Das Abitur werde jetzt härter, „vermeintlich schwere Fächer könnten nicht mehr abgewählt und ausgeblendet werden“, so der Minister Busemann vor der Presse. Das bisherige Abitur habe dazu geführt, dass Abiturienten ‚de facto‘ nicht mehr studierfähig seien.

Der Landesschülerrat verwehrt sich gegen Busemanns Vorwurf, die Schülerinnen und Schüler hätten die Änderungen abgelehnt, da Schule jetzt härter werde. Genau wie die GEW hat die Schülerversammlung kritisiert, dass die neue Verordnung die Wahlmöglichkeiten noch weiter einschränkt und viele Fächerkombinationen nicht mehr zulässt. Es sei im Übrigen nichts Neues, dass Deutsch, Mathematik, eine Fremdsprache und eine Naturwissenschaft bis zum Abitur zu betreiben sind. Diese Regelungen gelten seit 1998. Weiß der Minister das nicht?

Weiterhin behauptet Busemann, eine Profilbildung durch die Wahl der Schwerpunktfächer erlaube es den Schülerinnen und Schülern, jetzt „persönliche Schwerpunkte“ zu setzen. Das war nach der alten Regelung weitaus eher möglich. Der neue Zwang für die Schulen, bestimmte Schwerpunkte anbieten zu müssen, benachteiligt insbesondere die Schülerinnen und Schüler, die an kleineren Gymnasien unterrichtet werden. Und die liegen zumeist auf dem Lande. Dort kann nicht mit anderen Schulen kooperiert werden, so dass die Wahlmöglichkeiten noch weiter eingeschränkt werden. Die neue Verordnung verstärkt das Bildungsgefälle.

Mit „Blick auf die Gefahren des Rechtsradikalismus soll das Fach Politik einen höheren Stellenwert erhalten. Mit zwei Wochenstunden werde Politik in der neuen Oberstufe für ein Jahr lang zur Pflicht“, verkündet der Minister (Neue Osnabrücker Zeitung). Ein „klares Signal für politische Kompetenz und gegen Politikverdrossenheit“.

Falsch gerechnet oder Berechnung – weil Äußerungen gegen Politikverdrossenheit und Rechtsradikalismus gut ankommen? Die neue Oberstufenverordnung sieht für das



Foto: Mathias Thurm

Die neue Oberstufenverordnung schränkt Wahlmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler ein und lässt viele Fächerkombinationen nicht mehr zu.

Fach Politik insgesamt zwei Stunden weniger vor als die alte Vorschrift. Früher waren es in den Jahrgangsstufen 11 bis 13 sechs Pflichtstunden, jetzt nur noch vier. Ein Minus von 30 Prozent, das auch dadurch schwerlich wettgemacht werden dürfte, dass das Fach jetzt „Politik-Wirtschaft“ heißen muss.

Im „neuen“ Gymnasium (Klasse 5 bis 12) sind jetzt insgesamt acht Stunden Politik Pflicht – aber 16 Stunden Religion bzw. Werte und Normen. Dabei kann das Fach Werte und Normen im Abitur nicht als Prüfungsfach ge-

wählt werden, da die Einheitlichen Prüfungsanforderungen noch nicht vorliegen.

Es bleibt das Geheimnis von Kultusminister Busemann, wie diese Änderungen die Qualität der Abschlüsse erhöhen sollen und Signale geben für mehr politische Kompetenz. „Statt die Schülerinnen und Schüler zu bevormunden, muss das eigenverantwortliche Lernen gefördert werden. Nur so kann die Studierfähigkeit erhöht werden“, kommentiert Ina Korter, die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, die Oberstufenreform. hs

25 Jahre in der GEW

Zum „Silbernen“ GEW-Jubiläum gratulieren wir im März folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Änne Baaske, Hannover; Annette Bartheld, Göttingen; Ursula Berentelg, Hamburg; Dagmar Blume, Lindhorst; Karin Böhlken, Gleichen-Bremke; Gerhard Brandt, Braunschweig; Manfred Bruckert, Lüneburg; Sabine Bruckert, Lüneburg; Christel Bruns, Lingen; Maria Butterweck, Lehe; Hannes Cosse-Schepers, Bad Salzdetfurth; Lutke Ebeling, Wrestedt; Josef Einhellig, Rosdorf; Anke Fedowitz, Osnabrück; Angelika Fischer-Gieseler, Herzberg; Gertrud Flotow, Vechta; Prof. Dr. Reinhard Franke, Hannover; Walter Frenzel, Oldenburg; Albert Gronewold, Aurich; Martha Hagen, Oldenburg; Wolfgang Hake, Göttingen; Susanne Happel, Wendisch Evern; Arno Hartmann, Nienburg; Reiner Hentschel, Hannover; Jürgen Hesse, Reppenstedt; Elvira Hessler-Strunk, Gifhorn; Elke Hoffmann, Oldenburg; Günther Hucker, Hamburg; Ursula Jacob, Lehrte; Sabine Janssen, Hannover; Gisela Jung, Selsingen; Hilke Jürgens, Oldenburg; Walter Karger, Hildesheim; Detlev Klaar, Stade; Dagmar Klepp, Ganderkesee; Juergen Knott, Gleichen; Hilke Kuke, Braunschweig; Barbara

Küster, Gronau; Ulrike-Sabine Laudel-Voigt, Hitzacker; Rüdiger Leßmann-Sprie, Schiffdorf; Dr. Lucia Licher, Oldenburg; Edith Lilienthal-van Züren, Krummhörn; Gerhard Lücke, Eicklingen; Sybille Marggraf, Nörten-Hardenberg; Jochen Meiners, Oldenburg; Kornelia Mensendiek-Möser, Ilsede; Dr. Jürgen Metzger, Oldenburg; Hans-Joachim Meyer, Garbsen; Michael Uwe Napierala, Burgdorf; Elke Ostelmann-Janssen, Lengede; Manfred Paul, Braunschweig; Christine Peetz, Gronau; Erika Reitler, Wingst; Gisela Ruhlender, Göttingen; Karl-Fr. Schmidt, Aurich; Rainer Schmidt, Hannover; Luzie Schneider, Stadthagen; Sjanie Schnieders, Heede; Jürgen Schöll, Göttingen; Christiane Schulze, Osnabrück; Michael Spohr, Schortens; Udo Stapel, Holzminden; Gudrun Staszkiwicz, Jesteburg; Heidi Sudikatis, Seelze; Carsten-W. Thienemann, Oldenburg; Joachim Timmermann, Bremen; Susanne v. Oelsen, Walsrode; Heinrich Vormoor, Göttingen; Wilhelm Voss, Oldenburg; Christiane Wesche-Brockmann, Hannover; Erhard Wrede, Etzenborn.